

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
22.01.2014
- 3 Luftschiffhafen - Sachstandsbericht
- 4 Vorschläge zur Berufung der Kreiswahlleiter und Stellvertreter zur Landtagswahl
2014
Vorlage: 14/SVV/0060
Oberbürgermeister, FB Verwaltungsmanagement
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 5.1 Kein Verkauf ohne Bedingungen
Vorlage: 13/SVV/0495
Fraktion SPD
 - 5.2 Regelmäßige Information über den Arbeitsstand Entwicklungsbereich Krampritz
Vorlage: 13/SVV/0829
Fraktionen SPD, CDU/ANW
 - 5.3 40 Prozent Frauen in Aufsichtsräten
Vorlage: 13/SVV/0830
Fraktion SPD
 - 5.4 Erbbaurechtsvertrag für Weisse Flotte
Vorlage: 13/SVV/0860
Fraktion DIE LINKE
 - 5.5 Umsetzung Ergebnisse Einwohnerversammlung Golm vom 29.08.2013 /
Umverlegung 110kV-Freileitung
Vorlage: 14/SVV/0036
Fraktion SPD
 - 5.6 Temporäre Ersatztrainingsstätten im Luftschiffhafen
Vorlage: 14/SVV/0033
Fraktion SPD
 - 5.7 Stufenkonzept für den Luftschiffhafen
Vorlage: 14/SVV/0039
Fraktion DIE LINKE
neue Fassung vom 28.01.2014

- 5.8 Änderung § 21 Hauptsatzung / Anzahl der Mitglieder Ortsbeirat Golm
Vorlage: 14/SVV/0045
Fraktion SPD
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Freie Ufer an Potsdamer Gewässern
Vorlage: 14/SVV/0068
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 6.2 Kommunale Kriminalitätsverhütung ausbauen
Vorlage: 14/SVV/0083
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
- 6.3 Gespräche in den Ortsteilen
gemäß Beschluss: 13/SVV/0258
- 7 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.01.2014

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 16 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt er auf Bitte der Fraktion SPD vor, den Tagesordnungspunkt 5.1, DS 13/SVV/0495, Kein Verkauf ohne Bedingungen **zurückzustellen**, da die Fraktion noch Rücksprachebedarf hat. Auf Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg avisiert Herr Schubert eine abschließende Beratung in der nächsten Hauptausschusssitzung.

Im Weiteren, so der Oberbürgermeister, liegt ein Antrag der Fraktion SPD auf **Rederecht** für Herrn Mario Wersig von der Initiative "Golm unter Strom" zum TOP 5.5. vor, dem er empfehle zuzustimmen.

Darüber hinaus sollen mit dem Tagesordnungspunkt 3 - Sachstandsbericht Luftschiffhafen - auch die Tagesordnungspunkte 5.6 und 5.7 aufgerufen werden.

Auf Vorschlag von Herrn Dr. Scharfenberg soll der Tagesordnungspunkt 6.2, DS

14/SVV/0083, Kommunale Kriminalitätsverhütung ausbauen, ebenfalls zurückgestellt und gemeinsam mit einem Vertreter der Polizei beraten werden.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**, ebenso der Antrag auf Rederecht.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der 102. Sitzung vom 22.01.2014 gibt es keine Einwände. Die Niederschrift wird mit 15 Ja-Stimmen, bei einer Stimmenthaltung **bestätigt**.

zu 3 **Luftschiffhafen - Sachstandsbericht**

Herr Müller-Zinsius erläutert an Hand einer power-point-Präsentation die Historie der beiden Hallen und den aktuellen Sachstand. Er geht dabei auf den Zeitplan, die Grobkostenschätzung, die Maßnahmen und Kosten bezüglich der Dachdeckerarbeiten an der Leichtathletikhalle sowie alternative Prüf- und Untersuchungsmethoden ein. Darüber hinaus stellt er die Kosten für ein mobiles Schwimmbecken dar und die dafür nötige Zeitschiene sowie die Ergebnisse der Prüfung von Ersatzstandorten.

Aus den Ausführungen leite sich ab, so der Oberbürgermeister, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Entscheidung zu Ersatzanlagen getroffen werden könne, da dies mit einem erheblichen Kostenaufwand bzw. Folgeerscheinungen verbunden ist. Dies könne lediglich vorbereitet werden, um im Falle eines worst case eine schnelle Entscheidung treffen zu können.

Herr Schubert merkt an, dass die Untersuchung der Flächen jenseits der Stadien dem Auftrag der Stadtverordnetenversammlung entspreche. Mit den Ersatzanlagen in die Stadien zu gehen, könne wohl kaum in Betracht kommen. Herr Dr. Scharfenberg betont, es sei wenig förderlich, über einzelne Grundstücke zu sprechen. Wenn es zu einem worst case komme, sollten alle möglichen Alternativen rundherum geprüft worden sein. Der entscheidende Punkt bleibe, die bestehenden Hallen schnellstmöglich wieder nutzbar zu machen. Auf seine Nachfrage, ob bei einer Sanierung der Hallen diese teilweise wieder genutzt werden könnten, antwortet Herr Müller-Zinsius. Hierzu müssten die Fachleute befragt und die Prüfungen abgewartet werden. Möglichkeiten würden unter bestimmten Voraussetzungen bestehen.

Herr Heinzl verweist auf den großen Imageschaden der Sportschule, wenn die Halle bis Mai nicht wieder in Betrieb genommen werden könne. Er plädiert dafür, die Hallen mit Zwischenschritten wieder nutzbar zu machen.

Der Oberbürgermeister betont abschließend, dass alle Möglichkeiten verdeutlicht werden sollten bis hin zum schlechtesten Fall, von dem alle hoffen, dass er nicht eintrete. Für den Fall, dass im Mai eine Inbetriebnahme nicht erfolgen könne, müsse eine Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung einberufen werden. Der Hauptausschuss habe nicht die Möglichkeit, über das anstehende Kostenvolumen zu entscheiden. Da eine konkretere Zeitschiene derzeit nicht zu benennen ist und am 25. Mai Kommunalwahlen stattfinden, strebe die Verwaltung zwar eine Entscheidung bis zum 07. Mai an, könne diese aber nicht zusagen.

Anschließend berichtet Herr Erdmann zum Stand der Untersuchungen. Für die kommende Woche sei der Gutachter eingeladen, um zu prüfen, ob die Sanierung der Hallen sach- und fachgerecht ausgeführt wurde und ob die nicht ausreichende Bauunterhaltung Ursache für den jetzigen Zustand der Hallen sei.

Er hoffe, in der nächsten Hauptausschusssitzung einen Termin nennen zu können, bis wann das Gutachten vorliege.

Frau Krusemark bestätigt auf Nachfrage, dass es eine Ausschreibung und eine Änderung des Leistungsverzeichnisses gegeben habe, in Folge dessen das Dach überdeckt worden sei. Zu klären sei die Frage, ob das dem damaligen Stand der Technik entsprochen habe.

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf ein Interview in der PNN, in dem Herr John meinte, dass es eine statische Untersuchung zum damaligen Zeitpunkt gegeben habe und die Unterlagen dazu vorliegen müssten. Herr Erdmann bestätigt die weitgehende Vollständigkeit der Unterlagen; was in den Akten fehle, sei die Beteiligung des Generalplaners. Zu diesem sei aber ein Kontakt nicht möglich, weil die Stadt mit ihm im Klageverfahren stehe.

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

zu 5.6 Temporäre Ersatztrainingsstätten im Luftschiffhafen

Vorlage: 14/SVV/0033

Fraktion SPD

Herr Schubert bringt den Antrag ein und schlägt vor, diesen bis zum Mai 2014 **zurückzustellen**. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

zu 5.7 Stufenkonzept für den Luftschiffhafen

Vorlage: 14/SVV/0039

Fraktion DIE LINKE

neue Fassung vom 28.01.2014

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag ein und betont das Anliegen der Fraktion, ein Stufenkonzept vorgelegt zu bekommen. Damit seien die Fragen zu klären, bis wann eine Gesamtübersicht vorliege und in welchen Schritten vorgegangen werde. Auf den Hinweis des Oberbürgermeisters, dass in jeder Hauptausschusssitzung darüber berichtet werde und dies weit über den vorliegenden Antrag hinausgehe, schlägt Herr Dr. Scharfenberg vor, den Antrag bis Mai ebenfalls **zurückzustellen, außer den Punkt 6, mit dem eine finanzielle Unterstützung der der Vereine durch die Stadt gefordert werde**.

Der Oberbürgermeister betont, dass er in dem Gespräch mit den Vereinen deutlich gemacht habe, dass ein Ersatz aus städtischen Haushaltsmitteln nicht möglich sein werde. Vereinbart wurde eine Auflistung der Kosten durch die Vereine, die aber noch nicht abgeschlossen sei – dann werde man sich die Ergebnisse ansehen müssen. Die Stadt habe den Appell an die Vereinsmitglieder gerichtet, trotz fehlender Gegenleistung die Vereine nicht zu verlassen und die Wirtschaft um Unterstützung gebeten. Deshalb sollte auch der Punkt 6 des Antrags bis Mai zurückgestellt werden.

Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass der Oberbürgermeister in den Gesprächen mit den Vereinen eine Unterstützung nicht definitiv ausgeschlossen habe. Er fordert eine Grundsatzentscheidung und nicht nur eine Absichtserklärung.

Herr Schubert schlägt vor, diesen Sachverhalt in der nächsten Hauptausschusssitzung erneut aufzurufen und auf Grund belastbarer Zahlen, die von den Vereinen abzufordern sind, dies zu besprechen. Das setze voraus, dass die Vereine bis dahin klare Aussagen über die Summen treffen.

Herr Dr. Scharfenberg erklärt sein Einverständnis unter der Bedingung, dass eine Beschlussfassung in der März-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung noch möglich ist.

Gegen diesen Verfahrensvorschlag erhebt sich seitens der Hauptausschussmitglieder kein Widerspruch.

zu 4 Vorschläge zur Berufung der Kreiswahlleiter und Stellvertreter zur Landtagswahl 2014

Vorlage: 14/SVV/0060

Oberbürgermeister, FB Verwaltungsmanagement

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Zur Wahl des 6. Landtags Brandenburg am 14.09.2014 wird für die Wahlkreise 21 und 22 in der Landeshauptstadt Potsdam ein gemeinsamer Kreiswahlleiter durch den Landeswahlleiter Brandenburg berufen und für beide Wahlkreise ein gemeinsamer Kreiswahlausschuss gebildet.

Für die Wahlkreise 21 und 22 der Landeshauptstadt Potsdam werden als Kreiswahlleiter Herr Dr. Matthias Förster und als Stellvertreterin Frau Heike Gumz zur Berufung durch den Landeswahlleiter vorgeschlagen.

Für den Wahlkreis 19, der Teile des Gebiets der Landeshauptstadt Potsdam und des Landkreises Potsdam-Mittelmark umfasst, werden als Kreiswahlleiter Herr Michael Schrewe und als Stellvertreter Herr Dr. Reiner Pokorny zur Berufung durch den Landeswahlleiter vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 5.1 Kein Verkauf ohne Bedingungen

Vorlage: 13/SVV/0495

Fraktion SPD

zurückgestellt

zu 5.2 Regelmäßige Information über den Arbeitsstand Entwicklungsbereich Krampnitz

Vorlage: 13/SVV/0829

Fraktionen SPD, CDU/ANW

Herr Klipp schlägt auf Grund der Vorläufe für Mitteilungsvorlagen und der Aktualität der Berichterstattungen eine halbjährliche Berichtspflicht vor. Er verweist darauf, dass der Aufsichtsrat des Entwicklungsträgers diesbezüglich erweiterte Aufgaben habe und sich regelmäßig mit der Entwicklungsmaßnahme befasse.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass eine vierteljährliche Berichtspflicht bereits beschlossen wurde und er es nicht für sachdienlich halte, davon abzuweichen. Herr Schubert verweist darauf, dass von einer schriftlichen Berichterstattung per

Mitteilungsvorlage nicht die Rede sei – die Form müsse sich finden. Statt der Berichterstattung in der Stadtverordnetenversammlung könne diese aber auch im Hauptausschuss erfolgen.

Herr Kirsch merkt an, dass es sich um eine Projektentwicklung handele, da passiere in der kurzen Zeit nicht so viel. Deshalb frage er sich, worüber alle drei Monate berichtet werden sollte und schlägt einen Rhythmus von 4 Monaten vor.

Im Ergebnis der Diskussion stellt der Oberbürgermeister diesen Änderungsantrag von Herrn Kirsch zur Abstimmung; er wird mehrheitlich, bei 3 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Hauptausschuss ~~die Stadtverordnetenversammlung~~ und die Ortsbeiräte Fahrland und Neu Fahrland sind vierteljährlich umfassend über den Arbeitsstand im Entwicklungsbereich „Kramnitz“ zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	14
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 5.3 40 Prozent Frauen in Aufsichtsräten

Vorlage: 13/SVV/0830

Fraktion SPD

Herr Schubert bringt die Vorlage ein und erläutert Möglichkeiten der Umsetzung, wie die Regelung über Satzungen. In der sich anschließenden Diskussion fragt Frau Dr. Schröter, wie die Antragstellerin auf 40 % gekommen sei – die gängige Quote sei 50 %. Deshalb beantragt sie namens der Fraktion DIE LINKE, 50 % in den Antrag aufzunehmen.

Herr Kirsch, Herr Schultheiß und Herr Berndt sprechen sich ebenfalls gegen den Antrag aus, da er aus ihrer Sicht nicht umsetzbar sei. Er, so Herr Berndt, favorisiere das Leistungsprinzip und selbst auf Bundesebene gebe es andere Zielstellungen.

Herr Dr. Scharfenberg spricht sich gegen eine Satzungsregelung aus. Wenn man sich eine derartige Zielstellung auf die Fahne schreiben wolle, sei es die Sache der Fraktionen. Er halte die Formulierung „strebt an“ für die Bessere.

Ebenso rät Herr Schüler von einer Satzungsregelung ab, da sich diese mit dem Kommunalrecht und dem Hare-Niemeyer-Verfahren verschränke.

Das in der Diskussion favorisierte Freiwilligkeitsprinzip, so Herr Schubert, laufe ins Leere. Ohne rechtlich verbindliche Regelungen werde die Zielstellung nicht zu erreichen sein.

Frau Müller-Preinesberger gibt zu bedenken, dass hierzu nur auf städtische Aufsichtsräte Einfluss genommen werden könne.

Herr Heinzl merkt an, dass der Frauenanteil in den letzten 10 – 20 Jahren gestiegen sei und eine Frauenquote schon bei der Kandidatenaufstellung beachtet werden müsse.

Diese Zielstellung dürfe nicht rechtsverbindlich geregelt werden, sondern nur auf freiwilliger Basis gelten, so der Oberbürgermeister. Herr Schubert fordert hierzu

eine schriftliche Stellungnahme der Verwaltung, warum dies so sei.

Anschließend wird der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, die 40 % in 50 % zu ändern, zur Abstimmung gestellt und mit 9:5:1 **angenommen**.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Stadt Potsdam **strebt an**, den Frauenanteil **der von der Stadt** in städtische Unternehmen **entsandten Aufsichtsmitglieder** auf den auf europäischer Ebene festgelegten Anteil von **50** Prozent bis zum 31.12.2014 anzuheben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	13
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	2

zu 5.4 Erbbaurechtsvertrag für Weisse Flotte

Vorlage: 13/SVV/0860

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag ein. Herr Klipp führt dazu aus, dass die Mindestlaufzeit von 20 Jahren die frühere Beschlussfassung ebenso konterkariere wie das Wettbewerbsverfahren und –ergebnis zum Lustgarten. Mit letzterem solle eine langfristige Perspektive für den Lustgarten entwickelt werden und diese Möglichkeit sollte sich die Stadt nicht verbauen. Außerdem bedeute eine temporäre Lösung eine jederzeit bestehende Verlagerungsmöglichkeit des Anbaus.

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf die bis Mai vorzulegenden Verhandlungsergebnisse und fragt, worüber die Stadt auf Grundlage des Beschlusses von 2010 mit der Weissen Flotte verhandelt habe. Herr Klipp betont, dass der temporäre Anbau und das Werkstattverfahren nicht voneinander abgekoppelt seien. Einen schlussverhandelten Erbbaurechtsvertrag gebe es nicht, weil sich die Parteien nicht auf eine Entschädigungsregelung einigen konnten.

Frau B. Müller führt aus, dass sie mit Herrn Kutzmutz dazu Akteneinsicht genommen habe und danach die Verwaltung bis Ende 2011 von einer Laufzeit über 50 Jahre ausgegangen sei. Herr Dr. Scharfenberg fordert, diese Informationen allen Fraktionen im Vorfeld der nächsten Hauptausschusssitzung zugänglich zu machen und erst in der Sitzung am 26. Februar 2014 eine Entscheidung zu treffen.

Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

zu 5.5 Umsetzung Ergebnisse Einwohnerversammlung Golm vom 29.08.2013 / Umverlegung 110kV-Freileitung

Vorlage: 14/SVV/0036

Fraktion SPD

Eingangs erhält Herr Wersig als Vertreter der Initiative "Golm unter Strom" das Rederecht und erläutert deren Zielstellung.

Herr Schubert verzichtet auf eine weitere Einbringung des Antrags, da sich dieser

mit den Ausführungen von Herrn Wersig selbst erkläre. Er verweist darauf, dass die Punkte 1 und 2 der sich noch im Geschäftsgang befindenden DS 12/SVV/0664 in die DS 14/SVV/0036 aufgenommen werden sollen.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass dieses Vorhaben nicht durch die Stadt, sondern der E.DIS AG zu realisieren sei und Gespräche geführt wurden, um eine Lösung im Kontext zum Ortsteil Marquardt zu finden. Dies sei aber aus unterschiedlichen Gründen nicht möglich, wie z. B. umweltrechtliche und Kostengründe.

Er schlägt vor, die Varianten und Gesprächsergebnisse noch einmal darzustellen und sich mit Stadtverordneten, der Bürgerinitiative, der Verwaltung und der E.DIS AG zu einer Plausibilitätsprüfung zusammensetzen. Im Ergebnis müsse darüber entschieden werden, ob die Landeshauptstadt einen siebenstelligen Betrag für eine veränderte Trassenführung aufwendet. Die E.DIS AG werde alle Varianten realisieren, soweit die Stadt die Kosten übernehme. Hauptgegenstand der Abstimmung müssen die fachlichen Argumente und deren Plausibilität sein. Die Kosten seien kein Geheimnis und bezüglich der Varianten gebe es zwei – eine in Form einer Freileitung und eine in Form der Erdverkabelung.

Herr Schubert plädiert für eine sofortige Beschlussfassung, da sich die Gesprächsinhalte darin wiederfinden und die Anträge bekannt seien. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass die Fraktion DIE LINKE das Anliegen unterstütze. Um entscheiden zu können, brauche man aber etwas Verbindliches und konkrete Terminfestlegungen.

Darauf Bezug nehmend schlägt Herr Schubert vor, den Antrag um 14 Tage **zurückzustellen** und im Ergebnis eine mit allen Fraktionen abgestimmte modifizierte Fassung zu beraten.

Ebenso unterstützen Herr Schultheiß und Herr Heinzel das Anliegen, wobei letzterer seine Skepsis äußert, dass in 14 Tage eine beschlussreife Variante vorliege.

Herr Schüler spricht sich für eine Veranstaltung in der vom Oberbürgermeister vorgeschlagenen Art für die kommende Woche aus. Frau Dr. Schröter bittet, die Einbeziehung der EWP zu prüfen.

Im Ergebnis der Diskussion wird der Antrag zurückgestellt und eine Beratung mit den genannten Parteien für die kommende Woche verabredet.

zu 5.8 Änderung § 21 Hauptsatzung / Anzahl der Mitglieder Ortsbeirat Golm

Vorlage: 14/SVV/0045

Fraktion SPD

Der Oberbürgermeister führt hierzu aus, dass eine Erhöhung der Anzahl der Ortsbeiratsmitglieder nicht mehr möglich sei, da die Wahlbekanntmachung bereits Mitte Januar im Amtsblatt veröffentlicht wurde. Dies sei ihm zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung nicht bekannt gewesen. Von einer Änderung der Wahlbekanntmachung werde abgeraten, da dies zu Anfechtungen führen könne.

Deshalb der Vorschlag, eine entsprechende Änderung rechtzeitig vor der nächsten Kommunalwahl in die Hauptsatzung aufzunehmen und in die Prüfung alle Ortsbeiräte einzubeziehen.

Er stellt den geänderten Beschlusstext mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, rechtzeitig vor der nächsten Kommunalwahlwahl 2019 die Hauptsatzung in § 21 Abs. 2 zu ändern. Die Anzahl der Sitze in den Ortsbeiräten soll unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung in den Ortsteilen angemessen angepasst werden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

zu 6.1 Freie Ufer an Potsdamer Gewässern

Vorlage: 14/SVV/0068

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Der Oberbürgermeister erläutert die Mitteilungsvorlage die anschließend zur Kenntnis genommen wird.

zu 6.2 Kommunale Kriminalitätsverhütung ausbauen

Vorlage: 14/SVV/0083

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

zurückgestellt

zu 6.3 Gespräche in den Ortsteilen

gemäß Beschluss: 13/SVV/0258

Die von Herrn Kümmel vorbereitet power-point-Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigefügt, da eine entsprechende Mitteilungsvorlage für die Stadtverordnetenversammlung im April angekündigt wird.

zu 7 Sonstiges

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg zum aktuellen Stand der Vertragsgestaltung „Tierheim“ entgegnet Herr Exner, dass es noch zwei offene Punkte gebe und mit einer Fertigstellung im Februar 2014 zu rechnen sei.